

Justiz-Ministerial-Blatt für Hessen



HERAUSGEGEBEN VOM HESSISCHEN MINISTERIUM DER JUSTIZ UND FÜR DEN RECHTSSTAAT

76. Jahrgang

Wiesbaden, den 1. August 2024

Nr. 8

Inhalt:

Runderlasse

Nr. 19 Sechste Verwaltungsanordnung zur Änderung der Verwaltungsanordnung zur Bestimmung der Zahl der Kammern bei den Verwaltungsgerichten und der Senate bei dem Verwaltungsgerichtshof. RdErl. d. HMdJ v. 10.07.2024 (1220-II/C2-2010/12276-II/A)	318
Nr. 20 Änderung der Aktenordnung für die Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften in Hessen (AktO) und der Ergänzungsbestimmungen zur AktO (EB-AktO). RdErl. d. HMdJ v. 10.07.2024 (1454-Z/A3-2023/1660 - Z/A2)	318
Personalnachrichten	319
Stellenausschreibungen	324

RUNDERLASSE

Nr. 19 Sechste Verwaltungsanordnung zur Änderung der Verwaltungsanordnung zur Bestimmung der Zahl der Kammern bei den Verwaltungsgerichten und der Senate bei dem Verwaltungsgerichtshof. RdErl. d. HMdJ v. 10.07.2024 (1220-II/C2-2010/12276-II/A) - JMBl. S.318

- Gült.-Verz. Nr. 212 -

Sechste Verwaltungsanordnung zur Änderung der Verwaltungsanordnung zur Bestimmung der Zahl der Kammern bei den Verwaltungsgerichten und der Senate bei dem Verwaltungsgerichtshof

Aufgrund des § 3 des Hessischen Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Oktober 1997 (GVBl. I S. 381), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Mai 2023 (GVBl. S. 348), wird bestimmt:

I.

In Satz 1 Nr. 2 Buchst. a der Verwaltungsanordnung zur Bestimmung der Zahl der Kammern bei den Verwaltungsgerichten und der Senate bei dem Verwaltungsgerichtshof vom 31. Januar 2011 (JMBl. S. 243), zuletzt geändert durch Verwaltungsanordnung vom 28. Februar 2023 (JMBl. S. 426), wird das Wort „sieben“ durch „acht“ ersetzt.

II.

Diese Verwaltungsanordnung tritt am 1. August 2024 in Kraft.

Wiesbaden, den 10. Juli 2024

Der Hessische Minister der Justiz und für den Rechtsstaat
Heinz

Nr. 20 Änderung der Aktenordnung für die Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften in Hessen (AktO) und der Ergänzungsbestimmungen zur AktO (EB-AktO). RdErl. d. HMdJ v. 10.07.2024 (1454-Z/A3-2023/16601-Z/A2) - JMBl. S. 318

- Gült.-Verz. Nr. 2103 -

I.

Die bundeseinheitliche Aktenordnung für die Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften in Hessen und die Ergänzungsbestimmungen zur Aktenordnung vom 13. Dezember 2023 (JMBl. 2024 S. 6) werden wie folgt geändert:

1. In den Ergänzungsbestimmungen zu § 3 wird Nr. 1 wie folgt gefasst:

- „1. ¹Die PEBB§Y-Zählblätter in Zivil-, Familien- und Strafsachen sind in jeder Papierakte vor dem ersten Aktenblatt sowie vor evtl. nach § 3 Abs. 3 KostVfg vorzuheftenden Kostenrechnungen etc. einzuheften und von der Serviceeinheit vor der Vorlage an die Richterin oder den Richter auszufüllen. ²Die PEBB§Y-Zählblätter sind in führenden elektronischen Zivil-, Familien- und Strafakten dem Ordner Vorakte in e²A hinzuzufügen und vor der Vorlage an die Richterin oder den Richter in geeigneter Weise auszufüllen.“
2. In den Ergänzungsbestimmungen zu § 29 wird Satz 1 wie folgt gefasst:
- „¹Ein Schriftstück, in dem eine Person für den Fall ihrer Betreuung Vorschläge zur Auswahl einer Betreuerin oder eines Betreuers oder Wünsche zur Wahrnehmung der Betreuung geäußert hat (Betreuungsverfügung nach § 1816 Abs. 2 BGB), ist auf deren Verlangen vom Gericht in Aufbewahrung zu nehmen.“

II.

Dieser Runderlass tritt mit Wirkung vom 1. Juli 2024 in Kraft.

PERSONALNACHRICHTEN

Die Personalnachrichten enthalten nur solche Personalveränderungen, mit deren Veröffentlichung sich die oder der Bedienstete einverstanden erklärt hat.

Oberlandesgericht

Ernannt wurde

zum Vorsitzenden Richter
am Oberlandesgericht:

- Direktor des Amtsgerichts
Dr. Jürgen Kitzinger
- Richter am Oberlandesgericht
Jens-Daniel Braun

zum Richter
am Oberlandesgericht:

Richter am Amtsgericht Ulrich Bernhard

Generalstaatsanwaltschaft

Versetzt wurde

von der Generalstaatsanwaltschaft
Frankfurt am Main an die
Staatsanwaltschaft Gießen:

Justizhauptsekretärin Nadine Diehl

Landgerichte

Ernannt wurde

zum Richter am Landgericht:

- Richter auf Probe Kai Michel Dronka in Marburg
 - Richter auf Probe Torben Grätsch in Darmstadt
 - Richter auf Probe Robert Metz in Gießen
 - Richter auf Probe Steffen Völp in Frankfurt am Main
- alle im Richterverhältnis auf Lebenszeit

Ausgeschieden ist

wegen Ruhestand:

Vorsitzender Richter am Landgericht
Josef Richter in Fulda

Staatsanwaltschaften

Ernannt wurde

zur Staatsanwältin:

Richterin auf Probe Trixi Sturm
in Kassel
unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf
Lebenszeit

zur Oberamtsanwältin:

Amtsanwältin Cordula Kerstin Löhndorf in
Darmstadt

zum Regierungsrat:

Niklas Sommerkorn in Frankfurt am Main
unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf
Probe

Berufen wurde

in das Beamtenverhältnis
auf Lebenszeit:

- Justizsekretärin Huriye Döner
in Kassel
- Justizsekretärin Janina Bauer
in Limburg a. d. Lahn

Versetzt wurde

von der Staatsanwaltschaft
Wiesbaden an das Hessische
Ministerium der Justiz und für
den Rechtsstaat:

Justizsekretär Leon Glosemeyer

Ausgeschieden ist

wegen Ruhestand:

Amtsinspektorin Elke Weisbarth
in Limburg a. d. Lahn

wegen Entlassung:

Justizsekretärin Christin Holzapfel
in Frankfurt am Main
Justizsekretärin Tamara
Kohlmann in Hanau

Amtsgerichte

Ernannt wurde

zur Richterin am Amtsgericht:	Richterin auf Probe Michelle Verwiebe in Frankfurt am Main im Richterverhältnis auf Lebenszeit
zur Obergerichtsvollzieherin mit Amtszulage:	Obergerichtsvollzieherin Anke Rotzsche in Kassel
zum Obergerichtsvollzieher mit Amtszulage:	<ul style="list-style-type: none">- Obergerichtsvollzieher Nils Rhenius in Eschwege- Obergerichtsvollzieher Rüdiger Friedrich in Seligenstadt
zur Gerichtsvollzieherin:	<ul style="list-style-type: none">- Justizhauptsekretärin Claudia Heumann in Rüsselsheim- Justizhauptsekretärin Kathrin Schmidt in Schwalmstadt- Justizsekretärin Julia Ertel in Groß-Gerau
zum Gerichtsvollzieher:	Erster Justizhauptwachtmeister Florian Haberländer in Rüsselsheim
zur Amtsinspektorin:	Justizhauptsekretärin Annette Wurzel in Langen (Hessen)
zur Justizobersekretärin:	<ul style="list-style-type: none">- Justizsekretärin Vanessa Hafner in Bad Homburg v. d. Höhe- Justizsekretärin Chiara Baer in Frankfurt am Main- Justizsekretärin Olivia Ebert in Frankfurt am Main- Justizsekretärin Julia Eckardt in Frankfurt am Main- Justizsekretärin Celine Gerhold-Edbauer in Frankfurt am Main- Justizsekretärin Lisa-Christin Früh in Frankfurt am Main- Justizsekretärin Michelle Nickolai in Frankfurt am Main- Justizsekretärin Maham Rammah in Frankfurt am Main- Justizsekretärin Tabea Riemann in Frankfurt am Main- Justizsekretärin Nina Spies in Frankfurt am Main
zum Justizobersekretär:	<ul style="list-style-type: none">- Justizsekretär Valentin Hinkel

- in Frankfurt am Main
- Justizsekretär Nico Larbig
in Frankfurt am Main
- Justizsekretär Jannik Seipel
in Frankfurt am Main

Versetzt wurde

von dem Amtsgericht Kassel
an das Amtsgericht Korbach:

Obergerichtsvollzieher
Andreas Schierenberg

von dem Amtsgericht Seligen-
stadt an das Amtsgericht
Frankfurt am Main:

beauftragte Gerichtsvollzieherin Aylin Aydin

von dem Amtsgericht Darmstadt
an das Amtsgericht Hanau:

Justizobersekretärin Vanessa Janas

von dem Amtsgericht Kirchhain
an die Staatsanwaltschaft
Gießen:

Justizsekretärin Lena Lange

Ausgeschieden ist
wegen Ruhestand:

- Richter am Amtsgericht Richard Jilg
in Seligenstadt
- Obergerichtsvollzieher Uwe Becker
in Kassel
- Obergerichtsvollzieher Jürgen Schwarz
in Offenbach am Main
- Amtsinspektor Uwe Kressel
in Bad Hersfeld
- Justizhauptsekretärin Tanja Heinzl
in Gelnhausen
- Justizhauptsekretärin Gisela Steines
in Lampertheim

Hessischer Verwaltungsgerichtshof

Ausgeschieden ist
wegen Ruhestand:

- Vizepräsident des
Hessischen Verwaltungsgerichtshofs
Uwe Steinberg in Kassel
- Richter am
Hessischen Verwaltungsgerichtshof
Thomas Kniest in Kassel

Verwaltungsgerichte

Ernannt wurde

Zur Vizepräsidentin des
Verwaltungsgerichts:

Vorsitzende Richterin am Verwaltungsgericht
Alexandra Fellingner in Darmstadt

zum Richter am Verwaltungsge-
richt:

Richter auf Probe Dr. Marvin Waldvogel
in Gießen
unter Berufung in das Richterverhältnis auf
Lebenszeit

Notarinnen und Notare

Bestellt wurde

zur Notarin:

- Rechtsanwältin Meike Matthes-Teschke
mit dem Amtssitz in Darmstadt,
- Rechtsanwältin Dianusch Nadine Nazari
mit dem Amtssitz in Frankfurt am Main,
- Rechtsanwältin Theresa Puntschuh
mit dem Amtssitz in Fritzlar,
- Rechtsanwältin Christiane Andrea Gehrig
mit dem Amtssitz in Lich,
- Rechtsanwältin Sylvia Grażyna Schapitz
mit dem Amtssitz in Taunusstein,
- Rechtsanwältin
Elena Katharina Schumann
mit dem Amtssitz in Wiesbaden

zum Notar:

- Rechtsanwalt Thomas Tim Färber
mit dem Amtssitz in
Bad Homburg v. d. Höhe,
- Rechtsanwalt Mario Otto Neubert
mit dem Amtssitz in
Bad Soden-Salmünster,
- Rechtsanwalt Dr. Michael Rudolf Fischer
mit dem Amtssitz in Frankfurt am Main,
- Rechtsanwalt Dr. Stefan Reis
mit dem Amtssitz in Wiesbaden

Ausgeschieden ist

auf eigenen Antrag:

Notar Dr. Hans-Joachim Karl Leonhardt,
Offenbach am Main,
mit Ablauf des 30.06.2024

aufgrund des Erreichens der
Altersgrenze:

- Notar Hans Boml,
Wald-Michelbach,
mit Ablauf des 31.07.2024,
- Notar Horst Franz Spanowsky,
Heppenheim,
mit Ablauf des 31.07.2024

STELLENAUSSCHREIBUNGEN

Es wird Bewerbungen entgegengesehen um die Stellen für:

Ordentliche Gerichtsbarkeit

1. die Präsidentin oder den Präsidenten des Landgerichts Kassel (R 5)
Die vorzulegenden dienstlichen Beurteilungen haben sich an dem im JMBl. vom 1. Dezember 2022 veröffentlichten Anforderungsprofil (S. 675 ff., Anlage 1, Nr. 2.4) auszurichten.
2. die Vizepräsidentin oder den Vizepräsidenten des Landgerichts Gießen (R 2 mit Amtszulage nach Fußnote 7)
Die vorzulegenden dienstlichen Beurteilungen haben sich an dem im JMBl. vom 1. Dezember 2022 veröffentlichten Anforderungsprofil (S. 675 ff., Anlage 1 Nr. 2.5) auszurichten.
3. die Vizepräsidentin oder den Vizepräsidenten des Amtsgerichts Offenbach am Main (R 2 mit Amtszulage nach Fußnote 6)
Die vorzulegenden dienstlichen Beurteilungen haben sich an dem im JMBl. vom 1. Dezember 2022 veröffentlichten Anforderungsprofil (S. 675 ff., Anlage 1 Nr. 2.5) auszurichten.
4. die Direktorin oder den Direktor des Amtsgerichts Hünfeld (R 2 mit Amtszulage nach Fußnote 5)
Die vorzulegenden dienstlichen Beurteilungen haben sich an dem im JMBl. vom 1. Dezember 2022 veröffentlichten Anforderungsprofil (S. 675 ff., Anlage 1 Nr. 2.4) auszurichten.
5. eine Richterin oder einen Richter am Oberlandesgericht (R 2)
bei dem Oberlandesgericht Frankfurt am Main
Die vorzulegenden dienstlichen Beurteilungen haben sich an dem im JMBl. vom 1. Dezember 2022 veröffentlichten Anforderungsprofil (S. 675 ff., Anlage 1 Nr. 2.2) auszurichten.
6. eine Vorsitzende Richterin oder einen Vorsitzenden Richter am Landgericht (R 2)
bei dem Landgericht Wiesbaden
Die vorzulegenden dienstlichen Beurteilungen haben sich an dem im JMBl. vom 1. Dezember 2022 veröffentlichten Anforderungsprofil (S. 675 ff., Anlage 1 Nr. 2.3) auszurichten.

Staatsanwaltschaften

7. eine Staatsanwältin als Gruppenleiterin bei einer Staatsanwaltschaft
oder einen Staatsanwalt als Gruppenleiter bei einer Staatsanwaltschaft
(R 1 mit Amtszulage nach Fußnote 2)
bei der Staatsanwaltschaft Gießen
Die vorzulegenden dienstlichen Beurteilungen haben sich an dem im JMBl. vom 1. Dezember 2022 veröffentlichten Anforderungsprofil (S. 675 ff., Anlage 1 Nr. 2.8) auszurichten.

Verwaltungsgerichtsbarkeit

8. Die Präsidentin oder den Präsidenten des Verwaltungsgerichts (R 3)
bei dem Verwaltungsgericht Kassel
Das Auswahlverfahren wird auf Versetzungsbewerberinnen und -bewerber beschränkt.
9. eine Vorsitzende Richterin oder einen Vorsitzenden Richter am Hessischen Verwaltungsgerichtshof (R 3)
bei dem Hessischen Verwaltungsgerichtshof in Kassel
Die vorzulegenden dienstlichen Beurteilungen haben sich an dem im JMBl. vom 1. Dezember 2022 veröffentlichten Anforderungsprofil (S. 675 ff., Anlage 1 Nr. 2.3) auszurichten.
10. eine Vorsitzende Richterin oder einen Vorsitzenden Richter am Verwaltungsgericht (R 2)
bei dem Verwaltungsgericht Wiesbaden
Die vorzulegenden dienstlichen Beurteilungen haben sich an dem im JMBl. vom 1. Dezember 2022 veröffentlichten Anforderungsprofil (S. 675 ff., Anlage 1Nr. 2.3) auszurichten.
11. eine Vorsitzende Richterin oder einen Vorsitzenden Richter am Verwaltungsgericht (R 2)
bei dem Verwaltungsgericht Darmstadt
Das Auswahlverfahren wird auf Versetzungsbewerberinnen und -bewerber beschränkt.

Sozialgerichtsbarkeit

12. die Direktorin oder den Direktor des Sozialgerichts Wiesbaden (R 2 mit Amtszulage nach Fußnote 4)
Die vorzulegenden dienstlichen Beurteilungen haben sich an dem im JMBl. vom 1. Dezember 2022 veröffentlichten Anforderungsprofil (S. 675 ff., Anlage 1 Nr. 2.4) auszurichten.

Amtsanwaltschaften

13. eine Oberstaatsanwältin als die ständige Vertreterin der Leiterin oder des Leiters einer Amtsanwaltschaft oder einen Oberstaatsanwalt als der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer Amtsanwaltschaft (R 2)
bei der Amtsanwaltschaft Frankfurt am Main
Die vorzulegenden dienstlichen Beurteilungen haben sich an dem im JMBl. vom 1. Dezember 2022 veröffentlichten Anforderungsprofil (S. 675 ff., Anlage 1 Nr. 2.5.) auszurichten.

Ausgeschriebene Stellen können auch in Teilzeit besetzt werden.

Die hessische Justiz fördert aktiv die Gleichstellung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Erwünscht sind deshalb im Rahmen der rechtlichen Vorgaben für ausgeschrie-

bene Stellen Bewerbungen von allen Menschen, unabhängig von rassistischen Zuschreibungen, ethnischer Herkunft, Geschlecht und geschlechtlicher Identität, Religion und Weltanschauung, Behinderung, Alter oder sexueller Identität.

Bewerbungen von Frauen sind besonders erwünscht. Aufgrund des Frauenförderplans besteht eine Verpflichtung zur Erhöhung des Frauenanteils.

Schwerbehinderte Richterinnen und Richter, Beamtinnen und Beamte sowie Angestellte werden bei gleicher Qualifikation bevorzugt berücksichtigt.

Bewerbungen sind binnen **drei Wochen** auf dem Dienstweg an das Hessische Ministerium der Justiz und für den Rechtsstaat in Wiesbaden zu richten.

Eine Beschränkung des Auswahlverfahrens auf eventuelle Versetzungsbewerberinnen und -bewerber bleibt ebenso vorbehalten wie eine an Verwaltungsbelangen orientierte Ermessensentscheidung zwischen mehreren Versetzungsbewerberinnen und -bewerbern.

Amtsgerichte

Bei dem Amtsgericht Hünfeld ist mit Wirkung vom 1. Mai 2025 das Arbeitsgebiet einer Geschäftsleiterin oder eines Geschäftsleiters (§ 4 GO) neu zu besetzen

Bezüglich der vorgenannten Stellenausschreibung wird erwartet, dass die Bewerberin oder der Bewerber folgendem Anforderungsprofil entspricht:

- I. Allgemeine Voraussetzungen:
 - Pflichtbewusstsein
 - Leistungsbereitschaft
 - Belastbarkeit
 - Flexibilität
 - Initiative
 - Stark ausgeprägte Auffassungsgabe
 - Stark ausgeprägtes mündliches und schriftliches Ausdrucksvermögen
 - Kostenbewusstsein
 - Interkulturelle Kompetenz
- II. Besondere Voraussetzungen:
 1. Fachkompetenz
 - Erfahrung in der Rechtspflege und / oder der Justizverwaltung
 - Mindestens stark ausgeprägtes fachliches Können
 2. Soziale Kompetenz
 - Kontaktfähigkeit, Gesprächsbereitschaft
 - Fähigkeit zur Konfliktlösung und Einfühlungsvermögen
 - Fähigkeit zu interner und externer Zusammenarbeit
 3. Führungskompetenz
 - Fähigkeit zum Vorbild
 - Entscheidungskompetenz, Durchsetzungsvermögen, Verhandlungsgeschick

- Befähigung zur Personalführung und Motivation
- 4. Organisatorische Kompetenz
 - Befähigung zur Steuerung und Veränderung von Organisationsabläufen
 - Befähigung zur Entwicklung und Umsetzung von Neuerungen
 - Befähigung zum sachgerechten Personaleinsatz

Bewerbungen sind binnen **eines Monats** auf dem Dienstweg an den Direktor des Amtsgerichts Hünfeld zu richten.

Bewerbungen von Frauen sind besonders erwünscht. Auf Grund des Frauenförderplans besteht die Verpflichtung zur Erhöhung des Frauenanteils.

Schwerbehinderte werden bei gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Interessierten Frauen und Männern wird die Möglichkeit gegeben, sich durch Schulung und Hospitation auf die Übernahme der Stelle vorzubereiten.

Die hessische Justiz fördert aktiv die Gleichstellung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Erwünscht sind deshalb im Rahmen der rechtlichen Vorgaben für ausgeschriebene Stellen Bewerbungen von allen Menschen, unabhängig von rassistischen Zuschreibungen, ethnischer Herkunft, Geschlecht und geschlechtlicher Identität, Religion und Weltanschauung, Behinderung, Alter oder sexueller Identität.

Bei dem Amtsgericht Marburg ist ab 1. April 2025 das Arbeitsgebiet einer Geschäftsleiterin oder eines Geschäftsleiters (§ 4 GO) neu zu besetzen.

Bezüglich der vorgenannten Stellenausschreibung wird erwartet, dass die Bewerberin oder der Bewerber folgendem Anforderungsprofil entspricht:

- I. Allgemeine Voraussetzungen:
 - Pflichtbewusstsein
 - Leistungsbereitschaft
 - Belastbarkeit
 - Flexibilität
 - Initiative
 - Stark ausgeprägte Auffassungsgabe
 - Stark ausgeprägtes mündliches und schriftliches Ausdrucksvermögen
 - Kostenbewusstsein
 - Interkulturelle Kompetenz
- II. Besondere Voraussetzungen:
 1. Fachkompetenz
 - Erfahrung in der Rechtspflege und / oder der Justizverwaltung
 - Mindestens stark ausgeprägtes fachliches Können
 2. Soziale Kompetenz
 - Kontaktfähigkeit, Gesprächsbereitschaft
 - -Fähigkeit zur Konfliktlösung und Einfühlungsvermögen
 - Fähigkeit zu interner und externer Zusammenarbeit
 3. Führungskompetenz

- Fähigkeit zum Vorbild
 - Entscheidungskompetenz, Durchsetzungsvermögen, Verhandlungsgeschick
 - Befähigung zur Personalführung und Motivation
4. Organisatorische Kompetenz
- Befähigung zur Steuerung und Veränderung von Organisationsabläufen
 - Befähigung zur Entwicklung und Umsetzung von Neuerungen
 - Befähigung zum sachgerechten Personaleinsatz

Bewerbungen sind binnen **eines Monats** auf dem Dienstweg an den Direktor des Amtsgerichts Marburg zu richten.

Bewerbungen von Frauen sind besonders erwünscht. Auf Grund des Frauenförderplans besteht die Verpflichtung zur Erhöhung des Frauenanteils.

Schwerbehinderte werden bei gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Interessierten Frauen und Männern wird die Möglichkeit gegeben, sich durch Schulung und Hospitation auf die Übernahme der Stelle vorzubereiten.

Die hessische Justiz fördert aktiv die Gleichstellung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Erwünscht sind deshalb im Rahmen der rechtlichen Vorgaben für ausgeschriebene Stellen Bewerbungen von allen Menschen, unabhängig von rassistischen Zuschreibungen, ethnischer Herkunft, Geschlecht und geschlechtlicher Identität, Religion und Weltanschauung, Behinderung, Alter oder sexueller Identität.

Sozialgerichte

Eine **stellvertretende Geschäftsleiterin und Kostensachbearbeiterin** oder ein **stellvertretender Geschäftsleiter und Kostensachbearbeiter** (m/w/d) bei dem **Sozialgericht Frankfurt am Main** (Besoldungsgruppe A 11 HBesG).

Die Stelle ist ab 1. September 2024 zu besetzen.

Aufgabengebiet:

Alle Aufgaben der stellvertretenden Geschäftsleitung nach § 4 der Geschäftsordnung für die Gerichte und Staatsanwaltschaften (GO) inkl. der in der Sozialgerichtsbarkeit anfallenden Aufgaben der Kostensachbearbeitung und der Rechtsantragstelle.

Das Sozialgericht Frankfurt ist das größte von sieben Sozialgerichten in Hessen, bei dem die Einführung der elektronischen Verfahrensakte bereits erfolgt ist.

Die Bewerberin oder der Bewerber sollte folgendes Anforderungsprofil erfüllen:

- I. Allgemeine Voraussetzungen:
 - Laufbahnprüfung für den gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienst oder für den Rechtspflegerdienst sowie vergleichbare Laufbahnprüfungen
 - Pflichtbewusstsein
 - Leistungsbereitschaft

- Belastbarkeit
- Flexibilität
- Initiative
- Besonders gute Auffassungsgabe
- Ausgeprägtes mündliches und schriftliches Ausdrucksvermögen
- Kostenbewusstsein
- Interkulturelle Kompetenz
-

II. Besondere Voraussetzungen

1. Fach- und Sozialkompetenz

- Erfahrung in der Rechtspflege oder der Justizverwaltung
- Kontaktfähigkeit, Gesprächsbereitschaft
- Fähigkeit zur Konfliktlösung und Einfühlungsvermögen
- Fähigkeit zu interner und externer Zusammenarbeit
- Ausgeprägtes fachliches Können sowie eine die Anforderungen teilweise übertreffende Fach- und Sozialkompetenz

2. Führungskompetenz

- Fähigkeit zum Vorbild
- Entscheidungskompetenz, Durchsetzungsvermögen, Verhandlungsgeschick
- Befähigung zur Personalführung und Motivation

3. Organisatorische Kompetenz

- Fähigkeit zur Steuerung und Veränderung von Organisationsabläufen
- Befähigung zur Entwicklung und Umsetzung von Neuerungen
- Fähigkeit zum sachgerechten Personaleinsatz

Teilzeitbeschäftigung ist grundsätzlich möglich.

Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Die hessische Justiz fördert aktiv die Gleichstellung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Erwünscht sind deshalb im Rahmen der rechtlichen Vorgaben für die ausgeschriebene Stelle Bewerbungen von allen Menschen, unabhängig von rassistischen Zuschreibungen, ethnischer Herkunft, Geschlecht und geschlechtlicher Identität, Religion und Weltanschauung, Behinderung, Alter oder sexueller Identität.

Bewerbungen sollten binnen **3 Wochen** über das elektronische Bewerberportal des E-Recruitings eingereicht werden. Über folgenden Link gelangen Sie direkt zu der entsprechenden Stellenausschreibung:

<https://stellensuche.hessen.de/unreg/index.html#/Stellende-tail/0050568426A61EEF84BE1ED4B8DB59DE>

Eine **Geschäftsleiterin** oder ein **Geschäftsleiter** (§ 4 GO) (m/w/d)
bei dem **Sozialgericht Frankfurt** (Besoldungsgruppe A 12 HBesG).

Die Stelle ist ab sofort zu besetzen.

Aufgabengebiet:

Alle Aufgaben der Geschäftsleitung nach § 4 der Geschäftsordnung für die Gerichte und Staatsanwaltschaften (GO).

Das Sozialgericht Frankfurt ist das größte von sieben Sozialgerichten in Hessen, bei dem die Einführung der elektronischen Verfahrensakte bereits erfolgt ist.

Die Bewerberin oder der Bewerber sollte folgendes Anforderungsprofil erfüllen:

- I. Allgemeine Voraussetzungen
 - Laufbahnprüfung für den gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienst oder für den Rechtspflegerdienst sowie vergleichbare Laufbahnprüfungen
 - Pflichtbewusstsein
 - Leistungsbereitschaft
 - Belastbarkeit
 - Flexibilität
 - Initiative
 - Besonders gute Auffassungsgabe
 - Stark ausgeprägtes mündliches und schriftliches Ausdrucksvermögen
 - Kostenbewusstsein
 - Interkulturelle Kompetenz
- II. Besondere Voraussetzungen
 1. Fach- und Sozialkompetenz
 - Erfahrung in der Rechtspflege oder der Justizverwaltung
 - Kontaktfähigkeit, Gesprächsbereitschaft
 - Fähigkeit zur Konfliktlösung und Einfühlungsvermögen
 - Fähigkeit zu interner und externer Zusammenarbeit
 - Stark ausgeprägtes fachliches Können sowie eine die Anforderungen über-treffende Fach- und Sozialkompetenz
 2. Führungskompetenz
 - Fähigkeit zum Vorbild
 - Entscheidungskompetenz, Durchsetzungsvermögen, Verhandlungsgeschick
 - Befähigung zur Personalführung und Motivation
 3. Organisatorische Kompetenz
 - Fähigkeit zur Steuerung und Veränderung von Organisationsabläufen
 - Befähigung zur Entwicklung und Umsetzung von Neuerungen
 - Fähigkeit zum sachgerechten Personaleinsatz

Teilzeitbeschäftigung ist grundsätzlich möglich.

Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Die hessische Justiz fördert aktiv die Gleichstellung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Erwünscht sind deshalb im Rahmen der rechtlichen Vorgaben für die ausgeschriebene Stelle Bewerbungen von allen Menschen, unabhängig von rassistischen Zuschreibungen, ethnischer Herkunft, Geschlecht und geschlechtlicher Identität, Religion und Weltanschauung, Behinderung, Alter oder sexueller Identität.

Bewerbungen sollten binnen **3 Wochen** über das elektronische Bewerberportal des E-Recruitings eingereicht werden. Über folgenden Link gelangen Sie direkt zu der entsprechenden Stellenausschreibung:

<https://stellensuche.hessen.de/unreg/index.html#/Stellende-tail/0050568426A61EDF84BD191C005C1D01>

Eine **Oberinspektorin** oder ein **Oberinspektor** als Kostenbeamtin oder Kostenbeamter (Besoldungsgruppe A 10 HBesG) (m/w/d) bei dem **Sozialgericht Frankfurt**.

Die Stelle ist ab sofort zu besetzen.

Aufgabengebiet:

Alle in der Sozialgerichtsbarkeit anfallenden Aufgaben der Kostensachbearbeitung und der Rechtsantragstelle.

Die Bewerberin oder der Bewerber sollte folgendes Anforderungsprofil erfüllen:

- I. Allgemeine Voraussetzungen
 - Laufbahnprüfung für den gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienst oder für den Rechtspflegerdienst
 - Pflichtbewusstsein
 - Leistungsbereitschaft
 - Belastbarkeit
 - Besonders gute Auffassungsgabe
 - Flexibilität
 - Fähigkeit zu selbständiger, ergebnisorientierter Arbeit
 - Gutes mündliches und schriftliches Ausdrucksvermögen
 - Engagement und Verantwortungsbewusstsein

- II. Besondere Voraussetzungen
 1. Fachkompetenz
 - gute Fachkenntnisse, insbesondere des Kosten- und Entschädigungsrechts und der Grundzüge des Sozialrechts
 - gute Kenntnisse beim Einsatz von Informationstechnik
 - klares Urteilsvermögen
 2. Soziale Kompetenz
 - Kontaktfähigkeit und Gesprächsbereitschaft
 - Teamfähigkeit
 - Fähigkeit zur Konfliktlösung
 - Bürgerfreundliches und dem Amt angemessenes Verhalten
 - Interkulturelle Kompetenz

Teilzeitbeschäftigung ist grundsätzlich möglich.

Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Die hessische Justiz fördert aktiv die Gleichstellung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Erwünscht sind deshalb im Rahmen der rechtlichen Vorgaben für die ausgeschriebene Stelle Bewerbungen von allen Menschen, unabhängig von rassistischen Zuschreibungen, ethnischer Herkunft, Geschlecht und geschlechtlicher Identität, Religion und Weltanschauung, Behinderung, Alter oder sexueller Identität.

Bewerbungen sollten binnen **3 Wochen** über das elektronische Bewerberportal des E-Recruitings eingereicht werden. Über folgenden Link gelangen Sie direkt zu der entsprechenden Stellenausschreibung:

<https://stellensuche.hessen.de/unreg/index.html#Stellendetail/0050568426A61EEEE1A84221BA3815D0>

Herausgeber: Hessisches Ministerium der Justiz und für den Rechtsstaat, Wiesbaden

Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils: Ministerialdirigent Nimmerfroh, Hessisches Ministerium der Justiz und für den Rechtsstaat, Luisenstraße 13, 65185 Wiesbaden

ISSN 0022-7064

Kontakt/Abonnement:

Fr. Kaufmann, Tel. (0611) 32 14 26 01, jmb1@hmdj.hessen.de

Das Blatt erscheint in der Regel monatlich einmal. Jahres-Abonnement-Bestellungen sind an das Hessische Ministerium der Justiz und für den Rechtsstaat zu richten. Der jährliche Bezugspreis in Höhe von 18,50 € ist **nach Erhalt der gesonderten Rechnung** zu überweisen. Diese beinhaltet die **Bankverbindung** sowie die **unbedingt anzugebende Referenznummer**. **Abonnementkündigungen** können nur **zum 31. Dezember eines Kalenderjahres** vorgenommen werden.

Einzelstücke sind bei der Justizvollzugsanstalt Darmstadt oder, für Abonnenten, bei dem Hessischen Ministerium der Justiz und für den Rechtsstaat erhältlich. Preis dieser Nummer: 1,07 Euro.

Einbanddecken können kostenpflichtig bei der Justizvollzugsanstalt Darmstadt oder der Justizvollzugsanstalt Kassel I-Buchbinderei -, Theodor-Fließner-Straße 12, 34121 Kassel, bestellt werden.

Datenschutzhinweise:

Verantwortlich für die Verarbeitung personenbezogener Daten bei der Bestellung von Abonnements und Einzelstücken ist das Hessische Ministerium der Justiz und für den Rechtsstaat. Die mitgeteilten personenbezogenen Daten werden ausschließlich zum Zweck der postalischen Zusendung der bestellten JMBl.-Ausgaben und der entsprechenden Rechnungen gespeichert und verarbeitet. Zugriff zu den Daten ist nur den dafür zuständigen Beschäftigten eingeräumt. Bei Abonnements erfolgt eine Weitergabe der Daten zum Zweck des Versands an den Verlag Chmielorz GmbH, Wiesbaden, der als Dienstleister im Auftrag und nach den Vorgaben des Hessischen Ministeriums der Justiz und für den Rechtsstaat tätig wird.

Bei Kündigung eines Abonnements werden die dazu gespeicherten Daten drei Jahre nach Zahlung der letzten Jahresbezugsgebühr, bei Einzelbestellungen drei Jahre nach Zahlung des Bezugspreises gelöscht.

Betroffene können vom Hessischen Ministerium der Justiz und für den Rechtsstaat Auskunft über ihre verarbeiteten personenbezogenen Daten verlangen. Sie können sich an den Datenschutzbeauftragten wenden (Datenschutzbeauftragter@hmdj.hessen.de).

Weitere Hinweise zum Datenschutz sind ersichtlich auf der Internet-Seite des Hessischen Ministeriums der Justiz und für den Rechtsstaat unter www.justizministerium.hessen.de.

Druck: Justizvollzugsanstalt Darmstadt - Fritz-Bauer-Haus -
Marienburgstraße 74, 64297 Darmstadt
Dieses Produkt wird zu 100 % aus Recycling-Papier hergestellt.